



AG Gesundheitshandwerke im ZDH · Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Gesundheits- handwerke im ZDH

Kim Nikolaj Japing
+49 30 206 19-188
japing@zdh.de

Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21
10117 Berlin
www.zdh.de

Berlin, 18.10.2022

Gesundheitshandwerke fordern mehr Elan bei der Sicherstellung von Versorgungsstrukturen und bei der Entbürokratisierung im Gesundheitswesen

Die Arbeitsgemeinschaft der Gesundheitshandwerke, bestehend aus den fünf Zentralfachverbänden biha, BIV-OT, VDZI, ZVA und ZVOS, haben ihren Parlamentarischen Abend im Haus des Deutschen Handwerks am 18.10.2022 dazu genutzt, die Politik auf die Probleme und Bedarfe der Berufsgruppen aus Augenoptik, Hörakustik, Orthopädieschuhtechnik, Orthopädietechnik und Zahntechnik aufmerksam zu machen.

Angesichts der dramatisch gestiegenen Kosten für Energie, Einkauf und Transport haben die Gesundheitshandwerke eindringlich verdeutlicht, dass jetzt der Zeitpunkt ist, um wohnortnahe und flächendeckende Versorgungsstrukturen durch schnelle und flexible Maßnahmen zu sichern. Alf Reuter, Präsident des Bundesinnungsverbands für Orthopädietechnik, machte klar:

„Wir Gesundheitshandwerke sind mit unseren energieintensiven Maschinenparks und mobilen Diensten von den Preissteigerungen stark betroffen. Doch keiner von uns kann aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die Preissteigerungen weiterreichen, weder an Kostenträger noch an Patientinnen und Patienten. Das gefährdet nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern die Existenz unserer Betriebe. Wir Gesundheitshandwerke brauchen als mittelständische Leistungserbringer Unterstützung.“

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass die sozial- und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen Herausforderungen für Leistungserbringer und Krankenkassen mit sich bringen.

Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), betonte angesichts steigender Ausgaben in unterschiedlichen Sozialversicherungszweigen:

Die Arbeitsgemeinschaft der Gesundheitshandwerke ist eine Kooperation von:



www.zva.de



www.biha.de



www.zvos.de



www.biv-ot.org



www.vdzi.de

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

„Wir warnen die Bundesregierung eindringlich davor, die 40-Prozent-Grenze bei den Sozialbeiträgen zu überschreiten. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und trifft gerade das beschäftigungsintensive Handwerk besonders hart. Der Lohnkostenanteil unserer Betriebe im Handwerk beträgt bis zu 80 Prozent. Die Ampel-Parteien müssen sich endlich an die unumgänglichen grundsätzlichen Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme machen.“

Das Bundesgesundheitsministerium erläuterte daraufhin aktuelle Ansätze zu möglichen Entbürokratisierungsmaßnahmen:

„Deutschland befindet sich in einer ernsten wirtschafts- und sozialpolitischen Lage. Das Bundesgesundheitsministerium nimmt Unterstützungsmaßnahmen für mittelständisch geprägte Leistungserbringer, darunter die Gesundheitshandwerke, sehr ernst. Wir stehen in der Diskussion, ob Entbürokratisierungsmaßnahmen zu einer finanziellen Entlastung des Gesundheitssystems beitragen können. Im Blick haben wir dabei auch medizinprodukterechtliche Anforderungen für Sonderanfertiger sowie weitere Maßnahmen aus den Leistungsbereichen Hilfsmittel und Zahnersatz.“

Dringend benötigte Ressourcen im Gesundheitssystem lassen sich aus Sicht der Gesundheitshandwerke mit unterschiedlichen Entbürokratisierungsmaßnahmen mobilisieren. So verdeutlichte Dominik Kruchen, Präsident des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen:

„Dokumentation kostet Zeit und Zeit kostet Geld. Gerade das Thema der Klinischen Bewertungen für Sonderanfertiger stellt ohne erkennbaren Mehrwert für die Patienten eine unverhältnismäßige und nicht zielführende Belastung dar. Insbesondere dort, wo kein direkter Patientenkontakt besteht! Dort wäre eine Entbürokratisierung und Entlastung sinnvoll und würde auch Ressourcen bei den Gesundheitshandwerken freimachen.“

Mit dem Parlamentarischen Abend haben sich die Gesundheitshandwerke in der Berliner Bundespolitik gemeinsam dafür eingesetzt, das hohe Versorgungsniveau in der wohnortnahen und flächendeckenden Leistungserbringung mit Hilfsmitteln und Zahnersatz auch künftig sicherzustellen.